

Antrag 110/II/2023**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Semesterticket und Auszubildenden-Ticket der bundesweiten ÖPNV-Kostenreduzierung gerecht, sozialverträglich und räumlich anpassen**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
2 hauses und des Senats werden dazu aufgefordert, sich für
3 die Einführung eines für Studierende und Auszubildende
4 subventioniertes 19-EUR-Deutschlandticket einzusetzen.
5 Eine Fahrradmitnahme für den Tarifbereich ABC ist zu ge-
6 währleisten.

7
8 Die Einführung des Tickets soll zum Wintersemester 2023
9 angestrebt werden, spätestens aber zum Beginn des Som-
10 mersemester 2024 erfolgen.

11
12 Über diese kurzfristige und als Zwischenlösung ge-
13 dachte „Berliner Lösung“ hinaus fordern wir die sozial-
14 demokratischen Mitglieder des Bundestages dazu auf,
15 sich für ein bundesweites gültiges Studierenden- und
16 Auszubildenden-Ticket auf Sozialticket-Niveau einzuset-
17 zen.

18 Begründung

19 Mit der bundesweiten Reduzierung des ÖPNV durch das
20 49 EUR-Deutschlandticket ist das bisherige Semesterti-
21 cket im Rahmen des Solidarmodells akut gefährdet.

22
23
24 Die preisliche Differenz zwischen Semesterticket und dem
25 49 EUR-Ticket fällt sehr viel geringer aus als vor der bun-
26 desweiten Tarifsenkung. Darüber hinaus ist das 49 EUR-
27 Ticket im Gegensatz zum VBB-Semesterticket nicht räum-
28 lich begrenzt.

29
30 Gleichzeitig leiden insbesondere Studierende und Auszu-
31 bildende unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten,
32 den erhöhten Mieten und einer weiterhin hohen Inflati-
33 on. So lebt nach einer Auswertung des Paritätischen Wohl-
34 fahrtsverbands aus dem Jahr 2022 fast jede:r dritte Studie-
35 rende unterhalb der Armutsschwelle.

36
37 Ein aktuelles Rechtgutachten, das von der Studierenden-
38 schaft der TU Dortmund in Auftrag gegeben wurde, macht
39 deutlich, dass auf Grundlage der Rechtsprechung des
40 BVerwG „mit der Einführung des 49 EUR-Tickets die Recht-
41 fertigung des Semestertickets neu aufgeworfen ist“ und
42 damit „das Semesterticket durchaus von Gerichten in Fra-
43 ge gestellt werden kann“.

44
45 Aus diesen Gründen haben zum Wintersemes-
46 ter 2023 bereits 8 der 39 Hochschulen einer VBB-
47 Vertragsverlängerung zum Semesterticket nicht zu-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
hauses und des Senats werden dazu aufgefordert, sich
für die Einführung eines für Studierende und Auszubil-
dende subventionierten Ticket deutlich unter den bisheri-
gen Semestertickets für Berlin und Brandenburg oder ein
vorgezogenes *mindestens* 29-Euro-Deutschlandticket für
Studierende zum kommenden Wintersemester 2023 ein-
zusetzen.

Eine Fahrradmitnahme für den Tarifbereich ABC ist zu ge-
währleisten.

Über diese kurzfristige und als Zwischenlösung ge-
dachte „Berliner Lösung“ hinaus fordern wir die sozial-
demokratischen Mitglieder des Bundestages dazu auf,
sich für ein bundesweites gültiges Studierenden- und
Auszubildenden-Ticket auf Sozialticket-Niveau spätes-
tens zum Sommersemester 2024 einzusetzen.

48 gestimmt. Für die restlichen 31 Hochschulen läuft die
49 Vertragsverlängerung mit Beginn des Sommersemesters
50 2024 aus. Eine VBB-Vertragsverlängerung über diesen
51 Zeitpunkt hinaus wird auch mit der Einführung eines
52 regulären Berliner 29-EUR-Deutschlandticket äußerst
53 unwahrscheinlich. Gleichzeitig ist mit der Einführung
54 eines Berliner 29-EUR-Tickets eine zusätzliche Rabattie-
55 rung für Auszubildende und Studierende aus Perspektive
56 einer gerechten, sozialverträglichen Kostenbelastung von
57 Nöten.

58 Auch in anderen Bundesländern wird ein für Auszubilden-
59 de und Studierende rabattiertes Deutschlandticket aktu-
60 ell diskutiert. Bayern führt beispielsweise zum 1. Septem-
61 ber 2023 ein 29-EUR-Deutschlandticket für Studierende,
62 Auszubildende und Freiwilligendienstleistende ein, das
63 mit dem gleichzeitig eingeführten 1-EUR-Fahrradticket er-
64 gänzt werden kann.

65
66 Die aktuelle Diskussion auf Bundesebene über ein bun-
67 desweites rabattiertes Semesterticket ist mit der Konzep-
68 tionierung und Einführung einer „Berliner Lösung“ zu be-
69 achten, allerdings ist aktuell völlig unklar, wann und ob
70 überhaupt eine bundesweite Lösung umsetzbar sein wird.
71

72 Das Semesterticket im bisherigen Rahmen des Solidarmo-
73 dells steht also vor dem Aus, was den akuten Handlungs-
74 bedarf für Berlin deutlich erhöht. Der Weg eines einheitli-
75 chen und sozialverträglich reduzierten Tickets für Studie-
76 rende und Auszubildende ist angesichts der Gesamtlage
77 sinnvoll und notwendig.